



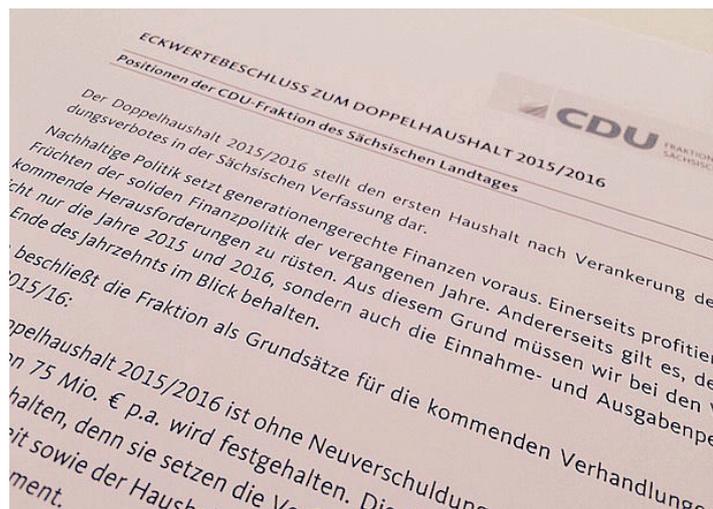
NEWSLETTER

Christian Piwarz

Frühjahr 2015

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Keine Schulden, weiter hohe Investitionen - die Eckwerte für die Haushaltsberatungen



Die Staatsregierung hat am 5. Februar den Entwurf für den Doppelhaushalt 2015/2016 in den Landtag eingebracht. Der eingebrachte Entwurf beinhaltet Einnahmen und Ausgaben in Höhe von ca. 17,2 Mrd. Euro. Er ist der erste Haushalt, der unter Geltung des Neuverschuldungsverbotes in der Verfassung erstellt wurde und setzt den seit 2006 beschrittenen Weg der Haushalte ohne neue Schulden fort. Vorgesehen ist weiterhin eine jährliche Tilgung der Schulden in Höhe von jeweils 75 Millionen Euro.

Der Generationenfonds zur Bedienung der Beamtenpensionen wird fortgeführt. Ebenso wird der Zukunftssicherungsfonds mit 400 Millionen Euro aufgestockt, um auch ab dem Jahr 2017 bei absinkenden Solidarpaktmitteln und geringerer EU-Förderung weiterhin genügend investive Mittel, gerade in den beispielhaften Bereichen Schulhausbau, Krankenhaussanierung und digitale Offensive zur Verfügung zu haben.

Ein Drittel des Doppelhaushalts fließt in die Kommunen für deren Aufgabenerfüllung. Ein weiteres Drittel (2015: 5,3 Mrd. und 2016: 5,4 Mrd.) ist für den Bereich Bildung und Forschung angedacht. Das ist deutschlandweit einmalig.

Mit dem Haushaltsentwurf 2015/2016 werden auch die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag finanziell unterlegt. Auf einer Klausurtagung in Meißen hat sich die CDU-Fraktion mit dem Haushaltsentwurf beschäftigt und Eckwerte für das Beratungsverfahren festgelegt. Diese lauten:

- Haushalt mit Beachtung des Neuverschuldungsverbots, der Schuldentilgung und Mittelzuführung an den Generationenfonds
- Hohe Investitionsquote (2015: 17,3%, 2016: 16,5%) beibehalten.
- Zuführung von 400 Mio. Euro an den „Zukunftssicherungsfonds“, Mitsprache des Landtages bei dessen Verwendung ab 2017
- Prioritäre Vorhaben des Koalitionsvertrages wie Bildung, Innere Sicherheit, Infrastruktur und leistungsfähige Krankenhäuser werden umgesetzt.
- Die Entnahmen aus der Haushaltsrücklage sind spätestens ab 2017 wieder aufzufüllen.
- Am Gleichmäßigkeitsgrundsatz im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs halten wir fest.

Mit der Einbringung des Haushaltes in den Landtag beginnen nun die Haushaltsberatungen des Parlaments. Die CDU-Fraktion wird in ihren Facharbeitskreisen intensiv beraten und sich in die Beratungen der Ausschüsse einbringen. Die Verabschiedung des Haushaltes ist für die Plenarwoche Ende April vorgesehen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Neues aus dem Landtag – Dezember 2014

Geert Mackenroth ist neuer Ausländer- und Integrationsbeauftragter

Geert Mackenroth wurde mit deutlicher Mehrheit zum neuen Sächsischen Ausländer- und Integrationsbeauftragten gewählt. "Ich gratuliere Geert Mackenroth zu seiner heutigen Wahl zum Sächsischen Ausländer- und Integrationsbeauftragten. Ich bin mir sicher, dass er das Amt mit dem notwendigen Engagement und Sachverstand ausübt", sagte Frank Kupfer, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Nach den Vorstellungen von Geert Mackenroth und der CDU-Fraktion muss die sächsische Integrationspolitik dabei zukünftig transparenter und einfacher werden. Sachsen setzt auf gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften, um sich wirtschaftlich weiterzuentwickeln und der demographischen Entwicklung zu begegnen. Dafür sind stärkere Integrationsbemühungen durch die Migranten und die Gesellschaft nötig. Dem Amt des Integrationsbeauftragten kommt zwischen beiden eine entscheidende Vermittlerrolle zu. Dies gilt auch für das schwierige Thema Asyl.

Asylpolitik in Sachsen

In der aktuellen Debatte „Asyl und Integration in Sachsen – Unsere Verantwortung im Rahmen der europäischen und bundesdeutschen Flüchtlings- und Asylpolitik“ hat sich die CDU-Fraktion zur aktuellen Situation der Asylpolitik in Deutschland und Europa geäußert.

Anlässlich der PEGIDA - Demonstrationen in Dresden und Deutschland fordert die CDU-Fraktion eine sachliche Debatte, um gemeinsam eine Lösung für eine sinnvolle Asyl- und Integrationspolitik zu finden. Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht in unserer Gesellschaft und kann von jedem wahrgenommen werden. Doch wer nur gegeneinander demonstriert, verwehrt sich dem politischen und

gesellschaftlichen Dialog. Die CDU-Fraktion ist dabei für eine offene Diskussion mit den Demonstranten.

Der Freistaat Sachsen schützt Menschen, die von Kriegen und Krisen bedroht werden. Jedoch werden auch Menschen in ihre Herkunftsländer abgeschoben, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder die ihren Aufenthaltstitel verloren haben.

In der abschließenden Diskussion forderte die CDU in Richtung Bundespolitik, das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) so auszustatten, dass dieses binnen drei Monate Asylanträge bearbeiten kann. Außerdem soll Tunesien als sicheres Herkunftsland eingestuft werden.



Mehr gesundheitliche Vorsorge im Freistaat Sachsen

Mit dem gemeinsamen Antrag „Prävention ist die beste Medizin – Gesundheitsförderung in Sachsen weiter stärken“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine besser Aufklärung in der Gesundheitsförderung und einer stärkeren Prävention von Krankheiten wie Grippe oder Diabetes ausgesprochen.

Durch den Antrag sollen eine ausführliche Bestandsaufnahme über bereits bestehende Mittel zur Gesundheitsförderung und weitere Maßnahmen für eine bessere Gesundheitsprä-

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



vention für die immer älter werdende Gesellschaft erarbeitet werden. Besonders die beiden Gesundheitsprojekte „Gesund aufwachsen“ und „Aktives Altern“ sollen unterstützt werden.

Die Bekämpfung von Diabetes, der stärkere Einsatz von Schutzimpfungen und mehr Vorsorgeuntersuchungen schaffen eine gesündere Gesellschaft. Besonders das Thema Diabetes ist dabei wichtig. Derzeit sind in Deutschland mehr als acht Millionen Menschen betroffen. Die Behandlung von Diabetes und der Folgeerkrankungen ist aufwendig.

Ein weiterer Bestandteil wirkungsvoller Gesundheitsförderung sind Schutzimpfungen. Sie gehören zu den sinnvollsten medizinischen Vorsorgemaßnahmen. Den Einzelnen schützt beispielsweise eine Grippeimpfung vor Grippeviren, ebenso wird die Bevölkerung durch diese Impfung vor einer Grippeübertragung geschützt.

Hintergrund: Der Bundesrat hat im Sommer dieses Jahres eine Entschließung zur Umsetzung eines Nationalen Diabetesplans gefasst. Dieser soll ein Konzept enthalten, das Präventionsstrategien, Früherkennungsmaßnahmen, Versorgungsmodelle und Maßnahmen zur Stärkung der Selbsthilfe beschreibt.

Link: <http://www.bundesrat.de/drs.html?id=252-14%28B%29>

Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014 – 2020

Mit dem gemeinsamen Antrag „Für einen starken ländlichen Raum in Sachsen – Förderrichtlinien im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum 2014 – 2020 zügig und unbürokratisch umsetzen“ haben sich die Koalitionsfraktionen zur nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum und bitten die Staatsregierung eine Zusammenfassung der umgesetzten Maßnahmen zu erstellen, die auch noch mögliche Verbesserungen und Korrekturen im Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014 – 2020 aufzeigen soll. Sicherzustellen ist auch, dass auch Fachförderprogramme für die Entwicklung des ländlichen Raums dem Freistaat Sachsen grundsätzlich zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der bereits laufenden Förderperiode 2014 – 2020 und der erheblichen finanziellen Ausstattung von rund 1,1 Milliarden Euro von 2014 bis 2020 ist eine schnelle, an den Bedürfnissen vor Ort orientierte und unbürokratische Verteilung der zur Verfügung stehenden Fördermittel für den Erfolg des EPLR in Sachsen entscheidend. Ziel muss es sein, die neuen Mittel konsequent und effektiv abzurufen, damit sie der Entwicklung des ländlichen Raumes zu Gute kommen.

Den Meisterbrief erhalten

Mit dem gemeinsamen Antrag „Meisterbrief erhalten“ haben sich die Fraktionen von CDU und SPD für den Erhalt des Meisterbriefes in Sachsen und Deutschland ausgesprochen. Außerdem stellen sich die Fraktionen etwaigen Bestrebungen auf europäischer Ebene entgegen, die Qualifikationsanforderungen und Zugangsvoraussetzungen für die deutschen Handwerksberufe zu ändern oder gar, dass in manchen Berufszweigen der Meisterbrief abgeschafft werden könnte.

Bis 2004 waren 53 Handwerksberufe Einschränkungen unterworfen (Meisterprüfung bzw. großer Befähigungsnachweis). Seit 2004 sind es nur noch 41 Berufe. Gleichzeitig soll sich der Freistaat Sachsen auf europäischer Ebene für sinnvolle Zugangsvoraussetzungen zu Handwerksberufen einsetzen. Die hohe Qualität der handwerklichen Ausbildung, für die beispielhaft der Meisterbrief steht, soll erhalten werden; gerade im Interesse der Kunden des Handwerks.

Zudem soll die Staatsregierung einen Bericht über die Entwicklung der Meisterausbildung im Handwerk seit 2004 und den Beitrag der Meisterausbildung für die wirtschaftliche Entwicklung des Freistaats Sachsen erstellen.

Das Handwerk beschäftigt in Deutschland ca. 5,2 Millionen Menschen und bildet jährlich über 140.000 Jugendliche in mehr als 130 Berufen aus.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Januar 2015

Freiheit braucht Sicherheit!

In der Fachregierungserklärung "Unsere Freiheit braucht Sicherheit" hat Innenminister Markus Ulbig auf das Versammlungsverbot am 19. Januar 2015 in Dresden reagiert und zum gemeinsamen Dialog mit allen Beteiligten aufgerufen.

Am Beginn seiner Rede dankte Markus Ulbig den sächsischen Polizeibeamten und Polizisten aus ganz Deutschland für ihren Einsatz in Dresden und Leipzig. Die eingesetzten Beamten sorgen schon seit Monaten dafür, dass die Bürger ihr Grundrecht friedlich zu demonstrieren wahrnehmen können.

Allerdings gibt es auch Ereignisse, so wie in Dresden am 19. Januar 2015, wo die Polizeibehörden abwägen müssen, ob das Recht der Versammlungsfreiheit eingeschränkt werden muss. So haben sich im Vorfeld der Demonstration bei der Polizei Direktion Dresden verschiedenen Meldungen bis auf eine konkrete Gefährdung der Veranstaltung durch einen Anschlag und dem möglichen Anschlagversuch auf eine Einzelperson verdichtet:

Danach wurden Attentäter aufgerufen, sich unter die Protestierenden zu mischen, um zeitnah einen Mord an einer Einzelperson des Organisationsteams von PEGIDA zu begehen. Deswegen und mit Blick auf die Charakteristik terroristischer Anschläge war auch mit dem Einsatz gemeingefährlicher Mittel zu rechnen. Dadurch waren Menschenleben konkret in Gefahr. Der Innenminister hat deutlich gemacht, dass er in einer solchen Situation dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit dem Vorrang vor dem Demonstrationsrecht gibt.

Mit seiner Fachregierungserklärung hat der Innenminister zum gemeinsamen Dialog mit allen Beteiligten aufgerufen. Eine gesellschaftliche Diskussion nimmt auf Demonstrationen ihren Ausgangspunkt, muss aber im demo-

kratischen Prozess in unserer Gesellschaft zu neuen Ergebnissen führen. Die Staatsregierung hat dabei bereits reagiert und viele Gespräche geführt. Auch wurde mit dem offenen Dialogforum in Dresden ein gemeinsames Gesprächsangebot für alle Beteiligten und Bürger unterbreitet.

In der anschließenden Diskussion begrüßte die CDU-Fraktion einen intensiveren Dialog mit den Demonstranten und betonte, dass wir die Pflicht haben, die Sorgen ernst zu nehmen und die Sicherheit der Bürger in Sachsen zu gewährleisten. Sachsen ist ein weltoffenes Land mit einer hohen Meinungsvielfalt. Toleranz ist keine Einbahnstraße. Ziel muss es für alle sein, die unterschiedlichen Meinungen in gemeinsamen Gesprächen zu vereinen.

Dresdner miteinander im Gespräch

Dialogreihe der CDU Dresden – Mandatsträger hören zu

In den letzten Wochen haben Bürger unserer Stadt vielfach eingefordert, dass politische Entscheidungen stärker erläutert werden. Die Dresdner Landtagsabgeordneten bieten mit ihrer Dialogreihe eine Gesprächsplattform und entwickeln die auch in der Vergangenheit angebotenen Bürgersprechstunden fort.

Auch im Dresdner Osten hören vom Ortsbeirat über Stadträte bis zum Landtagsabgeordneten die Mandatsträger der jeweiligen Wahlkreise zu.

Nächstes offenes Dialogforum:

04.03.2015 | 16 - 18 Uhr

**Elbhangtreff
Plantagenweg 3, 01326 Dresden**

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Auch aus Sicht der CDU-Fraktion war die Entscheidung, die Versammlungsfreiheit in Dresden am Montag vor einer Woche vorübergehend einzuschränken, richtig. Wir haben die Pflicht, die Sicherheit der Menschen in Sachsen zu gewährleisten, gerade damit sich die Freiheit entfalten kann.

Eine zukunftsfähige und nachhaltige Landwirtschaft für Sachsen

Mit der aktuellen Debatte „Landwirtschaft für alle – zukunftsfähig und nachhaltig!“ haben die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD die sächsische Landwirtschaft wieder stärker in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit gestellt. Zukünftig muss vor allem die Vermarktung der sächsischen Produkte weltweit und in Deutschland besser unterstützt werden.

In der Diskussion betonte die CDU-Fraktion, dass Sachsen mit vielen Landwirten aus großen und kleinen, aus konventionell und aus ökologisch wirtschaftenden Betrieben für ein zeitgemäßes, modernes und nachhaltiges Bild der Landwirtschaft steht. Sachsen führt keine Massentierhaltung und 95 % aller sächsischen Züchter arbeiten mit Methoden der modernen Tierhaltung.

Sachsen bietet für viele junge Landwirte hervorragende Möglichkeiten für eine interessante berufliche Perspektive. 60 Prozent der sächsischen Fördermittel für diesen Bereich werden in tierartgerechte Ställe investiert. Damit wird die sächsische Agrarinfrastruktur auf zukünftige Herausforderungen und den internationalen Wettbewerb vorbereitet. Die ländliche Entwicklung im Freistaat ist gut. Die sächsischen Landwirte können über 40 Prozent der Mittel für die Integrierte Entwicklung (knapp 1,1 Milliarden Euro) selbst entscheiden und diese wesentlich gezielter für sich nutzen.

Dennoch gibt es auch aktuelle Herausforderungen für den Freistaat Sachsen. Beispielsweise die Bekämpfung der zunehmenden Bodenerosionen, die Erhaltung der Biodiversität oder auch

die Veränderung des Klimas. Zusätzlich muss das Regional- und Agrarmarketing weiter ausgebaut und von der Wirtschaft wahrgenommen werden, damit sich noch mehr Verbraucher für Produkte aus Sachsen entscheiden.



Gesamt betrachtet ist der wirtschaftliche Erfolg und die Bedeutung der Landwirtschaft für Sachsen enorm. Sie ist Hauptlieferant unserer Nahrungsmittel, ein wichtiger Arbeitgeber und Steuerzahler und trägt zur Landschaftspflege sowie zum Schutz und Erhalt unserer Natur bei.

Beitrag für Rundfunkgebühren wird gesenkt

Mit der zweiten Lesung des Gesetzes "Gesetz zum Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag" hat der sächsische Landtag grünes Licht für die Senkung der Rundfunkgebühren gegeben. Ab April dieses Jahres wird der monatliche Beitrag von 17,98 Euro auf 17,50 Euro gesenkt.

Sachsen war eines der treibenden Bundesländer bei der Umstellung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf ein geräteunabhängiges zeitgemäßes Modell. Dabei war es immer wichtig, die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bevölkerung zu erhalten und den Beitrag

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



mindestens stabil zu halten. Eine größere Absenkung des Beitrages wäre wünschenswert gewesen, aber es ist zumindest ein erster (kleiner) Schritt gegangen worden.

Studium und Beschäftigung für Menschen mit Behinderung und chronischen Krankheiten erleichtern

Mit dem gemeinsamen Antrag "Auf dem Weg zur inklusiven Hochschule – Studium und Beschäftigung für Menschen mit Behinderung und chronischen Krankheiten erleichtern" setzen sich die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD für den gleichberechtigten Zugang und die Teilhabe an Lehre und Forschung an sächsischen Universitäten für Studierende und Mitarbeiter mit Behinderung ein.

Behinderung darf kein Hindernis sein, ein Studium aufzunehmen. Zur Bewältigung des Hochschulalltags brauchen Menschen mit Behinderung allerdings mehr Unterstützung. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Unterstützung, es geht um Entgegenkommen, Flexibilität, Qualifizierung, Beratung und Begleitung. Vieles ist in den vergangenen Jahren schon getan worden für barrierefreie Lehrmethoden, barrierefreies Bauen, barrierefreie Informationen und barrierefreie Wege. Aber wir wollen und müssen noch besser werden.

Eine Studie soll zunächst die Situation von Beschäftigten mit Behinderung und chronischen Erkrankungen an den Sächsischen Hochschulen untersuchen und neue Lösungsansätze für die bestehenden Defizite herausarbeiten. Insbesondere für die Bereiche kommunikative und bauliche Barrierefreiheit, Studiendurchführung, Prüfungs- und Lehrsituation, Information und Beratung, Interessenvertretung und mögliche Nachteilsausgleiche.

Durch eine teilhabeorientierte Studiendurchführung und einer verbesserten Interessenvertretung wird die Qualität des Studiums für Studierende mit Behinderung an sächsischen Hochschulen aufgewertet. Aber auch die Ver-

besserung der baulichen und kommunikativen Barrierefreiheit machen Sachsen zu einem attraktiveren Studienort im internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler.

"Demokratische Kultur in Sachsen – Wie kann der Bürgerdialog gelingen?"

Mit der aktuellen Debatte „Demokratische Kultur in Sachsen – Wie kann der Bürgerdialog gelingen?“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine stärkere demokratische Kultur und einen intensiveren Dialog mit den Bürgern eingesetzt.

In der Debatte hat die CDU darauf hingewiesen, dass eine Diskreditierung der Demonstranten nicht weiter hilft. Eine solche Herangehensweise erzeugt nur Ausgrenzung von Bürgern und deren Meinungen. Diese Meinungen muss man zur Kenntnis nehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen. Da ist nicht DIE Politik in der Pflicht, sondern jeder einzelne politische Akteur.

Die CDU-Fraktion begrüßte in der Debatte die langfristige Begleitung des Dialogs durch die Staatsregierung mit Hilfe von Bürgerforen, welche am 21. Januar gestartet wurden. In der aktuellen Debatte wurden bereits erste Ergebnisse des Dialogforums präsentiert: So haben bereits 80 Prozent der Befragten Auskunft gegeben. Im Ergebnis waren 94 Prozent der Befragten sehr bis teils zufrieden mit der Veranstaltung, lediglich 6 Prozent waren unzufrieden. Fast alle Teilnehmer wollen wiederkommen und den Dialog weiterführen. Die nächsten beiden Termine sind der 10. März 2015 und der 21. April 2015.

Ein weiteres Thema in der Debatte war die Rolle der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung bei einer Pressekonferenz der PEGIDA-Organisatoren im Januar dieses Jahres. Die CDU stärkte dabei dem Leiter der Landeszentrale Frank Richter entschieden den Rücken und verwahrte sich gegen Angriffe der Opposition auf ihn.

Link (Bürgerforum): <http://dialogforum-sachsen.de/>

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@st.sachsen.de



Familienbildung stärken

Mit dem gemeinsamen Antrag wollen die Koalitionsfraktionen die Familienbildung im Freistaat Sachsen stärker in die öffentliche Wahrnehmung rücken, die Familienbildungsangebote im Freistaat Sachsen stärker vernetzen und besser zugänglich machen.

Familien sind kein Auslaufmodell in Sachsen. Im Gegenteil: Die Familie ist die wichtigste Bildungseinrichtung, die erfolgreichste Hilfsorganisation und der Ort, an dem die Menschen am glücklichsten sind. Gerade in der heutigen schnelllebigen und modernen Zeit hat die Familie einen hohen Stellenwert.

Doch die Anforderungen an Familien haben sich durch die Zunahme eines bestehenden Erwartungsdrucks an die Kinder, einer Steigerung der Hilflosigkeit von Eltern und Kindern, neuen Familienformen und einer Verunsicherung über Bildungsinhalte in den vergangenen Jahren gewandelt. Viele Eltern haben heute vielfältigen Bildungs-, Beratungs-, Vernetzungs- und Unterstützungsbedarf. Hier setzt die Familienberatung an und versucht – vielfach themenübergreifend – eine Balance zwischen den verschiedenen Anliegen und Bedürfnissen zu finden. Ein Bericht soll die Entwicklung und den Erfolg der letzten fünf Jahre von Familienangeboten sowie die verschiedenen Möglichkeiten der Familienbildung auf Landes- und kommunaler Ebene und im ländlichen Raum darstellen. Außerdem soll er aufzeigen, wer von diesen Angeboten erreicht wird und wie diese Angebote in die Praxis umgesetzt werden.

Ziel des Antrages ist es zum einen, die Eltern in ihrer Verantwortung und elterlichen Fähigkeit zu stärken und vorzubeugen, dass das Kind „nicht erst in den Brunnen fällt“. Durch die Familienbildung werden unsere Familien und ihr Zusammenhalt gestärkt. Beispielsweise ermöglichen sie eine bessere Erziehung der Eltern oder auch eine bessere Versorgung von pflegebedürftigen Familienmitgliedern.

Zudem ist es Ziel – neben dem Berichtsteil – eine neue Datenbank über die verschiedenen Bildungsmöglichkeiten einzuführen. Mit ihrer Hilfe sollen die Angebote stärker vernetzt und für die Familien besser zugänglich gemacht werden. Eine bessere Vernetzung der Angebote ermöglicht einen effektiveren Austausch der Verantwortlichen aber auch ein besseres Informationsangebot für die Familien.

Piwarz: "Sächsische Landeszentrale für politische Bildung nicht zum Sündenbock beim gespaltenen Umgang mit PEGIDA machen"

Pressemitteilung vom 20.01.2015

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Christian Piwarz weist die Kritik an der Sächsische Landeszentrale für politische Bildung für die Bereitstellung eines Raumes zur Durchführung einer Pressekonferenz der PEGIDA-Organisatoren zurück.

Dazu erklärt Christian Piwarz, Parlamentarischer Geschäftsführer und erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

„Ich finde es im höchsten Maße bedauerlich und bedenklich, wenn jetzt die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung zum Sündenbock beim gespaltenen Umgang mit Pegida gemacht werden soll. Der Leiter der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung Frank Richter hat mehrfach betont, dass es sich bei der Pressekonferenz ausdrücklich um eine Veranstaltung vom PEGIDA e.V. und nicht der Landeszentrale für politische Bildung handelt. Außerdem war es eine einmalige Ausnahme in einer besonderen und sehr angespannten Situation. Aufgrund der sehr knappen Zeit war es dringend notwendig, die Öffentlichkeit über die Absage der Demonstration zu informieren.“

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Besonders unverständlich ist für mich die Kritik aus der eigenen Zentrale in Berlin beziehungsweise dem noch weiter entfernten Bonn. Wie heißt es in dem Erlass über die Bundeszentrale für politische Bildung vom 24. Januar 2001: ‚Die Aufgabe der Bundeszentrale für politische Bildung ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.‘ Ich bin mir nicht sicher, ob der Präsident der Bundeszentrale, Thomas Krüger, das damit meint, wenn er davon spricht, dass seine Kollegen in Dresden ‚eine rote Linie überschritten haben‘. Es ist genau dieses ausgrenzende Verhalten, was am Ende immer mehr Menschen auf die Straßen treibt.

Nur weil die sächsische Landeszentrale für politische Bildung gestern in einer Notsituation ausgeholfen hat, dürfen wir den Verantwortlichen jetzt keinen Vorwurf machen. Im Gegenteil: Wir sollten Ihnen danken, weil so ein erster kleiner Schritt zum Dialog sowie für mehr Verständnis für politische Sachverhalte und Demokratie angeschoben wurde, ganz so, wie es im Aufgabenerlass der Bundeszentrale für politische Bildung geschrieben steht. Genau deshalb unterstützt die CDU-Landtagsfraktion die Arbeit von Frank Richter und der sächsischen Landeszentrale.“

CDU-Fraktion gratuliert Kurt Biedenkopf zum 85. Geburtstag. Piwarz: "Er hat uns Sachsen Mut zu Neuanfang und Wiederaufbau gemacht"

Pressemitteilung vom 28.01.2015

Sachsens langjähriger Ministerpräsident Professor Kurt Biedenkopf wird heute 85 Jahre alt. Die CDU-Landtagsfraktion gratuliert ganz herzlich zum Geburtstag und wünscht



„König Kurt“ alles Gute, weiterhin beste Gesundheit, viel Schaffenskraft und Gottes Segen.

„Kurt Biedenkopf hat für den Freistaat enorm viel geleistet. Der Aufstieg und das Wiedererbluhlen Sachsens nach 1990 sind untrennbar mit seinem Namen verbunden. Vor allem hat er den Sachsen nach der friedlichen Revolution Mut gemacht, mit Fleiß und Stolz den Wiederaufbau des Landes voranzubringen“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Christian Piwarz heute in Dresden.

„Unter Kurt Biedenkopf ist es Sachsen gelungen, sich zum erfolgreichsten neuen Bundesland zu entwickeln, dafür gebührt ihm unser aller Dank und höchste Anerkennung. Von seiner klugen und vorausschauenden Politik profitieren wir noch heute. Ich hoffe, dass uns Kurt Biedenkopf auch weiterhin wichtige Impulse für unsere politische Arbeit im Freistaat Sachsen geben wird“, so Piwarz weiter.

Bildnachweise:

Haushaltseckpunkte - CDU Fraktion, Pascal Ziehm, 2015.
Sächsischer Landtag - „SLT Sachsenkarte Plenarsaal“ von Erik Donner (Ppmp3) - selbst fotografiert.
„Plenum Landtag Sachsen“ von Geo-Loge - Eigenes Werk.

Christian Piwarz - CDU Fraktion, Pascal Ziehm, 2015.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION